



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41b-20_11

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41b-20_11

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014



K. Urbanič 68



12.

Zu keiner Zeit des Jahres zeigt sich der wahre Charakter der Wohlstandsgesellschaft in so deutlicher Weise wie in der Vorweihnachtszeit. Die Auswüchse des Weihnachtsrummels und der organisierten "Nächstenliebe" hier aufzuzählen ist überflüssig; jede "anständige" Zeitung, die etwas auf sich hält, veröffentlicht in der Adventszeit oder nach Weihnachten einen besinnlich-beschaulichen Artikel, in dem der rührend-besorgte Redaktor einstimmt ins vielstimmige Wehklagen über die Exzesse des Geschenkkaufens, über die Kommerzialisierung des Christenfestes usw. Weihnachten sollte eigentlich das Fest der Christenheit sein, einer Christenheit, die auch tatsächlich nach dem Prinzip der Nächstenliebe lebt und handelt. Und gerade am Beispiel der "Dritten Welt" sehen wir einmal mehr, wessen sich eine Gesellschaft schuldig machen kann, die sich christlich nennt und vorgibt, gemäss christlichen Prinzipien zu handeln, in Tat und Wahrheit aber einzig und allein den Gesetzen des Profits folgt.

13.

Während Jahrhunderten, seit der Entdeckungen, stand die Kirche, am Anfang die Katholische, auf der Seite der Kolonisatoren, der Ausbeuter und Imperialisten. Sie identifizierte sich vollständig mit den herrschenden Klassen, sowohl mit den inländischen Oligarchen als auch mit den ausländischen Ausbeutern. Es blieb wenigen Ordensleuten, Jesuiten und Kapuzinern etwa, vorbehalten, darin eine lobenswerte Ausnahme zu machen. Die offizielle Kirche sanktionierte jedoch die räuberische Tätigkeit der westlichen Christen mit theologischen Untermauerungen. Begriffe wie "white man's burden" usw. wurden hauptsächlich durch die Bibel motiviert und konnten so gottgefällig in die Tat umgesetzt werden.

14.

Auch heute noch identifizieren sich weite Kreise der Kirche nicht selten mit korrupten Oberschichten. Auch hier ist Vietnam, wie schon oft, ein exemplarisches Beispiel. Unter der Aegide des reaktionären Francis Kardinal Spellmann beteiligte sich der Erzbischof von Hué und Bruder des Präsidenten Ngo Dinh Diem wecker an der Ausplünderungstätigkeit seiner Sippe. Aber auch in andern Regionen, in Argentinien, Ecuador und Kolumbien etwa, auf den Philippinen oder in Südeuropa koalieren auf mächtige Art Kreuz und Kapital.

15.

Dennoch wäre diese Betrachtung unvollständig, würde man dem heute stattfindenden Prozess des Umdenkens in den Kirchen keine Beachtung schenken. Umdenken heisst aber etwa nicht, zu Weihnachten ein paar Fotos hungernder Negerknäblein veröffentlichen und über das Unrecht in der "Dritten Welt" jammern, wie dies bei uns katholische und protestantische Kirchenvertreter mit besonderer Vorliebe zu tun pflegen, ohne sich zu fragen, ob das Elend der unterentwickelten Völker nicht vielleicht rationale und erklärbare Ursachen habe, das mit Radikalmassnahmen besser beseitigt werden könnte als mit Almosen verteilen.

16.

Insbesondere innerhalb der katholischen Kirche mahnen sich die Stimmen, die den etablierten Formalismus kritisieren und eine engagierte Kirche fordern. Besonders die päpstliche Enzyklika "populorum progressio", von vielen als marxistisch bezeichnet, gab dem in Lateinamerika nicht selten revolutionsfreudigen Klerus starken Auftrieb. Um den unterentwickelten Ländern ihr legitimes Recht auf Selbstverwirklichung zurückzugeben, erhebt Papst Paul IV. Forderungen, deren Formulierungen durch den Stellvertreter Christi noch vor nicht allzu langer Zeit undenkbar erschienen wäre.

Zwar verurteilt der Papst jeden revolutionären Aufstand, doch mildert er diese rigores anmutende Beschränkung durch folgende Einschlebung: "- ausgenommen im Fall der eindeutigen und lang andauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes schwer schadet-". Objektiv sind diese Bedingungen in praktisch allen unterentwickelten Ländern zweifelsohne erfüllt.

Weiter in der Enzyklika ist: Privateigentum ist für niemanden mehr unbedingtes und unumschränktes Recht. Niemand ist mehr berechtigt, seinen Ueberfluss ausschliesslich für sich zu gebrauchen, wenn andern das Notwendigste fehlt. Die Konsequenz solcher Worte liegt auf der Hand: Verstaatlichungen, Enteignungen und Sozialisierungen sind nicht nur marxistisch, sondern auch vom christlichen Standpunkt durchaus vertretbar. Diese Erkenntnis ist nicht etwa von einigen progressiven Priestern durch elastische Textinterpretation gewonnen worden, denn auch in einer zweiten Stelle bekräftigt der

./.



Papst diese seine Ausführungen: "Das Gemeinwohl verlangt manchmal eine Enteignung, wenn ein Besitz wegen seiner Grösse, seiner geringen oder unterlassenen Nutzung, wegen des Elends, das die Bevölkerung durch ihn erfährt, wegen eines beträchtlichen Schadens, den die Interessen des Landes erleiden, dem Gemeinwohl hemmend im Wege steht." Durch solche fortschrittliche Tendenzen im Vatikan bestärkt, fordern Geistliche vieler unterentwickelten Länder, meistens dem niederen Klerus angehörend, mit ständig wachsendem Druck ein soziales Engagement der Kirche und engagieren sich auch selbst. Bekannt ist der brasilianische Kardinal und Erzbischof von Recife und Olinda, Heider Camara, der sich im Nordosten Brasiliens einer unbeschreiblichen Armut konfrontiert sieht. Heider Camara forderte im Juli dieses Jahres mit andern brasilianischen Bischöfen eine einschneidende Reform der Sozialstruktur und verlangte, "dass die Männer der Kirche angesichts der dramatischen Lage des Kontinents nicht nur die Ungerechtigkeit der sozialen Gegensätze erkennen, sondern auch alles in ihrer Kraft stehende tun müssen, um sie zu beseitigen, selbst mit gewaltsamen Mitteln." Eine einschneidende Strukturänderung heisst aber im Falle Lateinamerikas nichts anderes als die Enteignung der amerikanischen Kapitalgesellschaften und die Entmachtung der ausschüssigen Oberschichten. Mit gewaltsamen Mitteln wollte der kolumbianische Soziologe, Agrarwissenschaftler und Priester Camillo Torres Restrepo diese so notwendige Strukturänderung vornehmen. Er tauchte unter, kämpfte mit den Guerilleros im Norden Kolumbiens und fiel im Kampf für eine bessere Welt. Von ihm stammen folgende Worte: "Ich glaube, dass die Revolution ein christlicher und priesterlicher Kampf ist" - oder "die Revolution ist nicht nur erlaubt, sondern sogar verpflichtend für alle Christen."

17.

Da die evangelischen Kirchen, im Gegensatz zur Römisch-Katholischen, nicht zentralistisch gelenkt werden, hält es schwer, eine verbindliche, offizielle Stellungnahme zu den Problemen der "Dritten Welt" zu finden, vor allem wahrscheinlich auch deshalb, weil die evangelischen Kirchen in den unterentwickelten Ländern über eine zahlenmässig nur geringe Anhängerschaft verfügen. Doch die evangelischen Kirchen haben trotzdem begonnen, sich mit dem Problem der wirtschaftlichen Stagnation ernsthaft zu befassen. Vor allem die Konferenz von Uppsala dieses Jahres hat eindeutig gezeigt, dass die evangelischen Kirchen die allarmierende Situation in ihrer ganzen Tragweite genau erkennen und die für das Elend der "Dritten Welt" Verantwortlichen,

wenn auch nur verbal, anklagen und zur Rechenschaft ziehen.

18.

Die Weihnachtsaktion entstand aufgrund einer Idee innerhalb der jungen Zürcher Linken. Diese Aktion ist in der Art der Durchführung und in ihrer Zielsetzung keine Bereicherung des Adventsprunkes, sondern versteht sich als Moment im revolutionären Kampf. Es hat sich aber schon rasch gezeigt, dass viele, ausserhalb der Linken stehende und diese oftmals bekämpfenden Kreise unsere Idee aufgegriffen und verfälscht haben. Was wir brauchen, sind keine reformfreudigen Pfarrherren, einsichtigen Schulmeister und die wohlwollende, verständnisvoll-schultackelpfende Unterstützung einiger weniger Presseorgane, keine Reformisten, welche dann, wenn es in den Bergen Lateinamerikas, in den Urwäldern Südasiens oder vor einem Zürcher Warenhausprovisorium zu gewaltsamen Zusammenstössen kommt, an Recht und Gesetz, Ruhe und Ordnung appellieren, an eine Ordnung, welche die Ausbeutung der "Dritten Welt" durch die kapitalistischen Industriestaaten legalisiert und institutionalisiert hat, an eine Ordnung, die den gerechten Aufstand der Unterdrückten mit rücksichtsloser Härte niederschlägt.

19.

Trotzdem werden wir den eingeschlagenen Weg konsequent weiterschreiten und versuchen, die Weihnachtsaktion noch in vermehrtem Masse zu politisieren, ihr den einzig angemessenen Charakter zu geben, einen klassenkämpferischen Charakter. Obwohl in der Schweiz die Klassengegensätze, zur grossen Freude des besitzenden Bürgertums, scheinbar beseitigt worden sind, ist der Gegensatz von Herrschaft und Knechtschaft im weltweiten Rahmen noch keineswegs verschwunden. Auf der einen Seite stehen die herrschenden Klassen in den imperialistischen Staaten, verbündet mit den Oligarchien in der "Dritten Welt", auf der andern Seite stehen die ausgebeuteten Massen in den unterentwickelten Ländern und die revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Metropolen. Wir haben nicht das Recht, über die Armut in der "Dritten Welt" zu lamentieren, Almosen zu geben oder, wie es besonders "aufgeklärte" Mitbürger immer wieder tun, "Strukturreformen" zu fordern. Eine Strukturreform in der "Dritten Welt" erfordert als unumgängliche Voraussetzung eine Strukturreform in den kapitalistischen Staaten.

Die Herrschenden werden sowohl in der "Dritten Welt" wie auch bei uns nicht freiwillig abtreten. Nicht nur das Vietnamesische Volk hat den Kampf gegen den Imperialismus aufgenommen. Der Kampf dieser revolutionären Avantgarde ist unser Kampf! Unser Vietnam ist hier. Wir können den unterentwickelt gehaltenen Völkern der "Dritten Welt" am besten helfen, indem wir hier die Revolution machen.

20.

Die von der jungen Zürcher Linken ins Leben gerufene Weihnachtsaktion verfolgt zwei Zwecke. Erstens Aufklärung durch Aktion, zweitens, und dies vor allem, versteht sich die Weihnachtsaktion als unser bescheidenster Beitrag zu einem weltweiten revolutionären Prozess, ohne den die Befreiung der "Dritten Welt" nicht mehr denkbar ist.

Ausgewählte Literaturliste:

- | | |
|---|--|
| Vereinigung Deutscher
Wissenschaftler | Welternährungskrise oder Ist die Hungerkatastrophe
unausweichlich?
(rororo aktuell 1147) |
| Hermann Mohler | Ist die Welthungersnot unvermeidlich?
(Haupt Verlag, Bern und Stuttgart) |
| Paul Alexander Baran | Politische Dekonomie des wirtschaftlichen
Wachstums
(Luchterhand Verlag, Soziologische Texte 42) |
| id. | Unterdrückung und Fortschritt
(Edition Suhrkamp 179) |
| Bahman Nirumand | Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder
Die Diktatur der Freien Welt
(rororo aktuell 945) |
| Kurt Steinhaus | Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes
(Verlag Neue Kritik) |
| Pierre Jalée | Die Ausbeutung der Dritten Welt
(Verlag Neue Kritik) |
| Hans Dieter Boris | Das Argument Nr. 38 (Berliner Hefte für Probleme
der Gesellschaft) |
| Hans Magnus Enzensberger
(Herausgeber) | Kursbuch 2 (Entwicklungshilfe oder Ausbeutung)
" 6 (Probleme der unterentwickelten Länder)
" 9 (Vermutungen über die Revolution)
" 11 (Revolution in Lateinamerika) |
| Papst Paul VI. | progressio populorum - Ueber den Fortschritt der
Völker (Herder Bücherei) |
| Trutz Rentschler
Heinz Eduard Tödt | Theologie der Revolution
(Edition Suhrkamp 258) |

Die vorliegende Schrift wurde Anfangs Dezember von einem Autorenkollektiv der jungen Zürcher Linken für die "Weihnachtsaktion 68" verfasst.

Freier Vertrieb und Abdruck, auch auszugsweise, jederzeit gestattet.

Korrespondenz und Belege bei eventueller Verwendung bitte an

FSZ, Postfach 680, 8021 Zürich

DIE JUNGE ZÜRCHER LINKE



1.

Wir stehen heute vor der Tatsache, dass ein Drittel der Menschheit im Ueberfluss lebt, während sich die restlichen zwei Drittel vornehmlich aufs langsame Verhungern spezialisiert haben. Die Erde ist heute nicht mehr in Ost- und Westblock aufgespalten, sondern in arme und reiche Länder. Die reichen Nationen sind weitgehend identisch mit den Industriestaaten Nordamerikas und Europas, die armen, unterentwickelten Länder verteilen sich fast ausschliesslich auf die drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika, auf drei Kontinente, die als "Dritte Welt" zu bezeichnen wir uns gewohnt sind. Die sozialistischen Industriestaaten wären demnach die "Zweite Welt", während sich die hochentwickelten Länder kapitalistischen Gesellschaftssystems als "Erste Welt" begreifen. Es waren ja vor allem die Länder Westeuropas und die USA, die in die heutige "Dritte Welt" einbrachen und als Kolonial- oder Imperialmacht die dortigen Strukturen und Entwicklungen entscheidend mitgeprägt oder umgestaltet haben.

2.

Der gebräuchlichste Massstab einjeder Klassifizierung in arme und reiche Länder ist derjenige des durchschnittlichen Jahresprokopfeinkommens. Dieses liegt in Europa (ohne sozialistische Länder) bei 4600 Franken, in den Vereinigten Staaten bei 11500 Franken. Die Weltbank unterscheidet zwischen reichen, mittleren, armen und sehr armen Nationen. Es gibt 27 reiche Nationen, deren Prokopfeinkommen über 3000 Franken liegt. Sie umfassen 25% der Weltbevölkerung, beziehen aber den unverhältnismässig hohen Anteil von 75% des Welteinkommens. Die schon heute bestehende riesige Kluft zwischen armen und reichen Ländern verringert sich etwa nicht, sondern wird im Gegenteil immer grösser; der Graben zwischen der "Dritten Welt" und den Industriestaaten hinsichtlich des wirtschaftlichen Standards wird also ständig tiefer.

3.

Neben dem relativ geringen jährlichen Prokopfeinkommen (Die Mehrzahl der unterentwickelten Länder verfügt über ein Prokopfeinkommen, das zwischen 200 und 1000 Franken pro Jahr liegt.) lässt sich die Armut der unterentwickelten Länder noch auf Grund anderer, entscheidender Merkmale genauer bestimmen.

Verglichen mit den entsprechenden Mittelwerten der Industriestaaten kann das Elend der unterentwickelten Länder wie folgt charakterisiert werden: geringe Lebenserwartung, hohe Kindersterblichkeit, geringer täglicher Kalorienverbrauch, hohe Analphabetenraten, Arbeitslosigkeit und Vorherrschaft des primären Sektors, d.h. unverhältnismässig hoher Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft und im Bergbau. Obwohl die unterentwickelten Länder im Bezug auf die Morphologie der Rückständigkeit keineswegs vollständig als homogene Einheit betrachtet werden darf, zeigt diese ganze Ländergruppe dieselben, oben erwähnten Wesensmerkmale. Es scheint angezeigt, einige weitere Gemeinsamkeiten aller unterentwickelten Länder etwas genauer zu betrachten, die für eine genauere Analyse der heutigen Situation von entscheidender Wichtigkeit sind.

4.

In den unterentwickelten Ländern entfällt meistens auf eine kleine Oberschicht ein grösserer Anteil am Sozialprodukt als dies in den reichen Industriestaaten der Fall ist. Das bedeutet, dass das durchschnittlich Prokopfeinkommen der breiten Masse der Bevölkerung noch tiefer liegt als man es aufgrund der ohnehin schon niederen Durchschnittswerte erwarten würde.

Es zeigt sich in den unterentwickelten Ländern, dass diejenigen Minderheiten, welche einen unverhältnismässig hohen Anteil des Volkseinkommens beziehen, identisch sind mit der Schicht der Eigentümer an Grund und Boden und an den allfällig vorhandenen Industrieanlagen.

Aus der Erkenntnis heraus, dass Vermögen und Besitz in den unterentwickelten Ländern auf eine Minderheit konzentriert sind, ist es unsinnig, ein spezifisches unterentwickeltes Land als homogene Einheit zu betrachten, als ein Land, in dem die Interessen aller Bevölkerungsschichten übereinstimmen. Die oftmals vorgebrachte Formulierung "Die Entwicklungsländer wollen..." ist nichts als eine Verschleierung von Tatsachen. Die Interessen und der Wille eines argentinischen Grossgrundbesitzers sind völlig verschieden von denjenigen eines Landarbeiters, der Wille eines iranischen Feudalherren steht den Bedürfnissen eines Arbeitslosen in den Slums von Teheran diametral gegenüber.

5.

Neben der einseitigen Verteilung des Kapitals zeigt sich in den unterentwickelten Ländern immer wieder, dass Produktionsgüter und Lizenzen sich nicht nur in den Händen einer kleinen Oberschicht befinden, sondern oftmals ausländischen Unternehmen gehören. Unter diesen nehmen die US-amerikanischen Firmen eine führende Stellung ein; bekannt sind die Beispiele der Standard Oil of New Jersey in Venezuela und gewissen Ländern des Nahen Ostens, ist die Tätigkeit der schon zur Legende gewordenen United Fruit Company in zahlreichen Ländern Lateinamerikas. Logischerweise nimmt die Wirtschaftstätigkeit der kapitalistische Monopole, die weitgehend als Produktion und Export ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Rohstoffe definiert werden kann, keinerlei Rücksichten auf die tatsächlichen Bedürfnisse der hungernden Massen, sie ist im Gegenteil völlig auf die Mechanismen des von den kapitalistischen Staaten kontrollierten Weltmarktes eingestellt. Von den vorhandenen, oftmals überreichlichen natürlichen Reichtümern in den Ländern der "Dritten Welt" profitieren nicht die Volksmassen, sondern ausschliesslich eine einheimische Oberschicht und vor allem die ausländischen Gesellschaften. Die Länder der "Dritten Welt" unterliegen, um dies ganz deutlich auszudrücken, einer andauernden Ausbeutung, einer Ausbeutung, die vor allem die westlichen Industriestaaten, angeführt von den USA, im grossen Stil betreiben, und deren Nutzniesser auch wir Wohlstandsbürger in der Schweiz sind.

6.

Da eine entscheidende materielle Besserstellung der benachteiligten Massen nur auf Kosten der Vorherrschaft der ausländischen Monopole und der einheimischen Oligarchie zu erreichen wäre, schliessen sich diese beiden Klassen zu einer Interessengemeinschaft zusammen, um eine soziale Umwälzung zu verhindern. Wenn ein Volk oder eine revolutionäre Avantgarde sich entschliesst, gegen die in- und ausländischen Ausbeuter mit Gewalt aufzustehen, wird der Konflikt von der westlichen Propaganda auf die Ebene eines kommunistischen Machtausweitungsversuches eingeschränkt, und damit den Imperialisten die "moralische Rechtfertigung" gegeben, im Namen der Freiheit, die nichts als die Freiheit des Peinigers über die Sklaven beinhaltet, den gerechten Aufstand der Unterdrückten mit brutaler Härte und unter Einsatz eines gigantischen Militärapparates niederzuschlagen. Es ist unnötig, auf die lange Kette amerikanischer Eingriffe in Lateinamerika hinzuweisen, das Stichwort Vietnam sollte genügen, um zu

zeigen, dass den Imperialisten jedes Mittel recht ist, den Anspruch auf ihre weltweite Führung nachdrücklich zu demonstrieren.

7.

In seiner Amtsantrittsrede vom 20. Januar 1961 hatte Präsident Kennedy den lateinamerikanischen Völkern Obdach, Arbeit, Gesundheit und Schulen versprochen. Es ist heute bekannt, dass die "Allianz für den Fortschritt" dieses Ziel nicht erreicht hat, dass sich gerade in Lateinamerika die sozialen Gegensätze in nächster Zukunft besonders drastisch verschärfen werden. Es gibt aber eine einzige Ausnahme. Ein Land, Kuba, hat innerhalb von rund zehn Jahren wesentliche Ziele der "Allianz" verwirklicht. Das Analphabetentum ist besiegt, die Landreformen von 1959 und 1963 haben die in- und ausländischen Grossgrundbesitzer wohl entmacht, aber dafür die Arbeitslosigkeit beseitigt, der kubanische Gesundheitsdienst und die ärztliche Betreuung sind für ein Entwicklungsland, und hier darf man von einem Entwicklungsland sprechen, einmalig, die Wohnverhältnisse vor allem auf dem Lande, haben sich erheblich gebessert. Die revolutionäre Regierung hat den Massen das gegeben, was Kennedy versprochen hatte, nämlich Obdach, Arbeit, Gesundheit und Schulen.

8.

Zwischen Kuba und Vietnam, zwischen diesen beiden im Brennpunkt des Interesses stehenden Ländern der "Dritten Welt", besteht ein enger, unübersetzbarer Zusammenhang. Die Amerikaner kämpfen in Vietnam nicht um Freiheit und Demokratie, sondern, so drückte sich jedenfalls Mc Namara aus, um ein Exempel zu statuieren und um Methoden zu lernen, mit denen sie eines Tages dasselbe Problem, wenn es dann um Leben und Tod geht, vor allem in Lateinamerika lösen zu können. Das Problem, das die Amerikaner fürchten lösen zu müssen, ist das der Verhinderung des Aufstandes der Unterdrückten, ist die Verhinderung eines zweiten Kubas. Indem sie jede Erhebung niederschlagen entschlossen sind, verhindern sie damit den sozialen Aufstieg, verweigern sie den Massen die Versprechungen Kennedys, nämlich Obdach, Arbeit, Gesundheit und Schulen.

9.

Der Krieg in Vietnam ist die zwangsmässige Folge des Kapitalismus, der seine Position gefährdet sieht und deshalb alle zur Verfügung stehenden Mittel ergreift, um sich einigermaßen unbeschadet aus der Affäre zurückziehen zu können. In diesem Sinne ist dieser Krieg zwischen Ausbeuter und Ausgebeutetem auch unser Krieg. Der Konflikt findet seine Ursache letztlich in der völligen irrationalen Nutzung der vorhandenen Ressourcen, in der ungerechten und unsinnigen Verteilung der materiellen Güter, unter der die Weltbevölkerung leidet. Doch dieses ganze irrationale System ist nicht einfach als ästhetisches Prinzip zu betrachten, es ist aufgebaut worden, weil es den Reichen dieser Erde so nützlich erscheint und die Armen dafür verrecken lässt. Die Ausbeutung der "Dritten Welt" war und ist eine wesentliche Bedingung unseres Wohlstandes. In den von Ordnung und Gesetz garantierten Produktionsverhältnissen liegen die tieferen Ursachen des sich immer mehr verschärfenden Elends der "Dritten Welt".

10.

Die Länder der drei Kontinente Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind keine unterentwickelten Länder und noch weniger Entwicklungsländer; es sind unterentwickelt gehaltene Länder. Diese Länder sind nicht etwa arm aus irgendwelchen zufälligen Gründen, sie sind arm, weil wir ihnen alles wegnehmen und ihnen bestenfalls ein paar Krümmel hinschmeissen, um das Brot, das die Hungernden dringend benötigen würden, selber zu fresse.

11.

Die Rolle der Schweiz im internationalen Ausplünderungsprozess ist nur insofern ein Sonderfall, als dass die Schweiz keine kolonialistische Vergangenheit hat, ansonsten aber vollständig in den Kreis der imperialistischen Staaten integriert ist. Anhand der Konzeption der schweizerischen "Entwicklungshilfe" ist es ausserordentlich einfach, die Politik des neutralen Kleinstaates im Herzen Europas gegenüber den Ländern der "Dritten Welt" etwas genauer zu durchleuchten.

Die Schweiz hat, gemäss offizieller Erklärungen, alles Interesse daran, dass sich die "Entwicklungsländer" zu "gesunden" Staaten entwickeln. Was unter "gesund" zu verstehen ist, wird zwar nirgends genau erläutert, wir dürften aber

der Wahrheit am nächsten kommen, wenn wir "gesund" mit privatwirtschaftlich orientiert und prowestlich gesinnt gleichsetzen. Die schweizerische "Entwicklungshilfe" beschränkt sich, wieder nach offizieller Darstellungsart, vornehmlich auf Länder, die gewillt sind, den Hauptteil ihrer wirtschaftlichen Entwicklung selber zu tragen, auf Länder, die entschlossen sind, sich selber zu helfen. Es gibt in der Schweiz drei Träger der "Entwicklungshilfe", nämlich die Privatwirtschaft, der Bund und private Hilfsorganisationen. Wichtigster Träger der schweizerischen "Entwicklungshilfe" ist die Privatwirtschaft. Direkte und indirekte Investitionen schweizerischer Unternehmungen in der "Dritten Welt" belaufen sich auf rund 500 Millionen Franken jährlich. Solche Investitionen bezwecken einzig und allein Gewinn für den "Geber", der naturgemäss auch unverhältnismässig hoch ist, und konzentrieren sich vor allem auf Länder, in denen eine unterdrückerische Regierung sämtliche sozialen Umwälzungsversuche, welche die Gewinnchancen der schweizerischen Investitionen beeinträchtigen würden, im Keime zu ersticken in der Lage ist. Eine solche Art von Wirtschaftstätigkeit, die mit Ausbeutung gleichzusetzen ist, als Entwicklungshilfe auszugeben, ist Ausdruck völliger Ignoranz und totalen Zynismus.

Zweitwichtigster Träger der "Entwicklungshilfe" ist der Bund; sein Jahresbudget beläuft sich auf 40 Millionen Franken. Mit dieser Summe finanziert die Eidgenossenschaft ihre eigene technische Hilfe; bekannt ist das Beispiel Ruandas. Weiter unterstützt der Bund gezielte Projekte der privaten Hilfsorganisationen, erteilt Investitionsrisikogarantien und stellt, was nicht zu übersehen ist, der schweizerischen Wirtschaft seinen diplomatischen Dienst zur Verfügung, um eventuelle Investitionshindernisse für unsere Privatwirtschaft aus dem Wege zu räumen. Abgesehen von den wenigen echten Hilfeleistungen ist auch die Schweizerische Eidgenossenschaft voll und ganz in den Ausbeutungsprozess der kapitalistischen Industriestaaten eingegliedert, unter denen die Schweiz als zwölftgrösste Industriemacht und als internationaler Finanzplatz eine wichtige Stellung einnimmt.

Dritter Träger der schweizerischen Hilfe an die "Dritte Welt" sind die privaten Organisationen, die ebenfalls, wie wir oben bereits angegeben haben, vom Bund unterstützt werden. In der ganzen Schweiz existieren ungefähr 50 solcher Hilfswerke, die vereint die geradezu unzüchtige Summe von 15 Millionen Franken zusammenbetteln können.

Zählen wir die Bundeshilfe und die Privathilfe zusammen, welche die Schweiz jährlich für die "Dritte Welt" aufwendet, erkennen wir rasch, dass diese 55 Millionen Franken, die mit viel gutem Willen als eigentliche Entwicklungshilfe deklariert werden können, nicht einmal ein Promille des schweizerischen Volkseinkommens erreichen, unser Land hält sich auch hier, wie andernorts, mehr oder weniger nobel zurück. Noch klarer wird der Wert dieser Hilfe, wenn wir ausrechnen, dass so jeder Mensch in den unterentwickelt gehaltenen Ländern 2 Rappen pro Jahr bekommt, und damit lässt sich wahrhaftig nicht das Elend dieser Menschen beseitigen.

Die privaten Organisationen leisten trotz der bescheidenen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln recht gute Arbeit; bekannt ist vor allem der Einsatz der "Helvetas" in Nepal, Tunesien, Kamerun und Uganda. Der Idealismus und die Arbeit dieser Entwicklungshelfer ist subjektiv sicher respektbar und nützlich, darüber gibt es keinen Zweifel. Aber trotzdem müssen wir diese Art Entwicklungshilfe aufs schärfste ablehnen, dient sie doch nur dazu, der Wohlstandsgesellschaft ein moralisches Alibi zu verschaffen und die Misere der "Dritten Welt" als Naturereignis zu erklären, dem mit selbstlosem Einsatz allein zu Leibe gerückt werden könne. Es ist grotesk, wenn die imperialistischen Staaten durch ihre Ausbeutungstätigkeit Millionen und Millionen an der "Dritten Welt" verdienen und parallel dazu ein paar Idealisten in die ausgeraubten Länder schicken, um dort, umhüllt mit dem Deckmäntelchen christlicher Nächstenliebe, den Bestohlenen ein Almosen zu bringen und den Oligarchen und ausländischen Ausbeutern ein Alibi zu verschaffen. Auf diese Art Hilfe trifft zu, was schon Pestalozzi sagte: "Barmherzigkeit ist das Ersticken der Gerechtigkeit im Güllenloch der Gnade". Der "Dritten Welt" kann nur mit Strukturreformen geholfen werden, doch diese fundamentalen Strukturänderungen werden all diejenigen zu verhindern trachten, denen die heutige Situation ein Maximum an Gewinn abwirft. Es ist unsinnig, an den guten Willen der Ausbeuter zu appellieren, oder zu glauben, die Oligarchien und ausländischen Ausbeuter würden ihre Positionen freiwillig räumen. Indem die charitative Entwicklungshilfe mit bescheidenen Mitteln einige wenige Symptome der Ungerechtigkeit zu beseitigen in der Lage ist, trägt sie zur Verewigung des Unrechts bei, indem die Entwicklungshilfe im besten Fall zur Beseitigung einzelner grober Formen der Armut führen kann, wird sie gleichzeitig zum Anwalt eines von der Basis her unmenschlichen Systems.

./.